

# Gegen Entführungen hilft nur der Tod?

## Kidnapping in den Philippinen und die Wiederaufnahme der Todesstrafe

von **Melanie Braun**

*Seit dem Geiseldrama von Jolo im Jahr 2000 und der erneuten Entführung von Ausländern ein Jahr später durch die Gruppe Abu Sayyaf hört man in Deutschland kaum noch etwas über Entführungen in den Philippinen. Der Schein trügt jedoch. Kidnapping, vor allem Kidnapping mit Lösegeldern, wird in den Philippinen zu einem immer größeren Problem. Seit September 2003 registriert die National Anti-Crime Commission eine Entführung pro Tag, vorher wurde ein solches Verbrechen nur jeden zweiten Tag gemeldet. Und hier handelt es sich nur um die offiziellen Zahlen.*

**M**ehrere ausländische Regierungen, darunter die kanadische, die britische, die neuseeländische und die australische, haben gegenwärtig Reisewarnungen für die Philippinen mit Hinweisen auf Terrorismus und Entführungen ausgesprochen. Die philippinische Regierung versicherte jedoch, dass Ausländer trotz der erhöhten Rate von Entführungen in letzter Zeit sicher wären und dass die Regierung alles in ihrer Macht stehende für die Sicherheit der Ausländer in ihrem Lande tun würde.

### Chinesen besonders betroffen?

Tatsächlich sind die Opfer der Entführungen seltener Touristen oder in den Philippinen lebende Ausländer. Die Hauptzielgruppe der Kidnapper ist traditionell die reiche chinesisch-philippinische (Chinoy) Gemeinde. In dieser Bevölkerungsgruppe ist es keine Seltenheit, dass zwei oder mehr Mitglieder einer Familie Opfer von Entführungen wurden. Besonders Familien, die schnell das Lösegeld zahlten und keine Polizei einschalteten, wurden des Öfteren erneut Opfer.

Während die Opfer zuvor meist auf dem Weg zur oder von der Schule oder Arbeit entführt wurden,

finden die Entführungen inzwischen auch in Einkaufszentren, Hotels, Kneipenvierteln, auf Parkplätzen renommierter Schulen oder inmitten geschäftiger Verkehrsstraßen statt. Im Zuge der Wirtschaftsflaute wurde Kidnapping in den letzten Jahren zu einem lukrativen Nebenverdienst: Hier lockt das große Geld im Zusammenhang mit wenig Kapitalinvestition und einem geringen Risiko.

Auch ist Kidnapping kaum mehr ein auf bestimmte Bevölkerungsgruppen begrenztes bzw. ökonomisch motiviertes Verbrechen als das es — vor allem von den Pinoys (Filipinos) — gerne gesehen wird. Viele Geiseln sind keine reichen ethnischen Chinesen mehr, sondern Filipinos, die teilweise kaum mehr als 25.000 Pesos (rund 350 Euro) Lösegeld aufbringen können.

Oft werden die Familien der Geiseln finanziell so ruiniert, dass sie sich keinen Anwalt leisten können — sofern sie überhaupt den Mut aufbringen, vor Gericht auszusagen. Zudem ist die Verteidigung von Entführungsoffern ein heikler Job: Sogar vor Gericht schrecken die Kidnapper nicht vor der Bedrohung der Anwälte zurück.

Beunruhigend ist außerdem die Tatsache, dass es sich bei den Kidnappern mehr und mehr um Amateurgangs zu handeln scheint. Oft sind die Verbrechen ungeschickte

Operationen, bei denen es scheint, als seien die Täter unsicher, was zu tun ist, aber nur zu bereit, für ein paar Pesos Blut fließen zu lassen. Aus Sicht der chinesisch-philippinischen Gemeinschaft wird hier der totale Zusammenbruch von Law and Order nur zu offensichtlich.

Obwohl in den jüngsten Entführungsfällen kaum mehr Fakten zu erkennen sind, die auf eine bevorzugte Zielgruppe der Täter schließen lassen, sind es immer noch fast ausschließlich die Mitglieder der chinesisch-philippinischen Gemeinschaft, die die Regierung auf diese Verbrechen aufmerksam machen.

So teilten Chinoy-Vertreter der Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo mit, dass die Mitglieder ihrer Gemeinschaft sich nicht mehr sicher fühlten und in ständiger Angst lebten, selbst Opfer einer Entführung zu werden. Einige Mitglieder der chinesisch-philippinischen Gemeinschaft fordern die öffentliche Exekution von Kidnappern, andere drohen, das Land zu verlassen, falls die Entführungen nicht eingedämmt werden. Zu letzteren zählen vor allem die jüngeren, hochqualifizierten Chinoy, die, wenn sie gehen würden, sicherlich nicht als

---

*Melanie Braun ist Studentin der Soziologie, Ethnologie und Politischen Wissenschaft. Sie absolviert derzeit ein Praktikum im philippinenbüro.*

Arbeitsmigrant/innen das Land verlassen, sondern ihm für immer den Rücken kehren würden. Das würde die voranschreitende Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte noch verstärken.

### Hat Arroyo einen politischen Willen?

Die Folgen einer Verärgerung der ökonomisch und politisch so wichtigen und einflussreichen chinesisch-philippinischen Gemeinschaft schätzte Präsidentin Arroyo für sich als politisch derart schädlich ein, dass sie ihren zuvor so energisch bezogenen Standpunkt gegen die Todesstrafe revidierte. Statt dessen behauptet sie nun, Hinrichtungen könnten eine Form emotionaler Erleichterung und ein Gefühl der Sicherheit in der Bevölkerung auslösen.

Aus dieser jüngsten Eingebung heraus entschied Arroyo im Dezember 2003 die Aufhebung des mehr als dreijährigen Moratoriums der Vollstreckung der Todesstrafe. Sie gab damit den Forderungen der Chinoy nach, die für die Wiederaufnahme der Exekutionen im Zusammenhang mit der Welle von Entführungen mit Lösegelderpressung und den Ermordungen einiger Entführungsoffer eintraten.

Dies stellt eine erneute Veränderung der bewegten Geschichte der Todesstrafe in den Philippinen dar: Nachdem sie im Jahre 1987 abgeschafft worden war, wurde die Todesstrafe 1993 wieder eingeführt, bis 1999 fanden jedoch keine Hinrichtungen statt. Nach einer 23-jährigen Pause wurden 1999 erstmals wieder sieben zum Tode verurteilte Männer exekutiert. Im Jahr darauf kündigte Präsident Estrada — aus Anlass des christlichen Jubeljahres 2000 — die Aussetzung der Hinrichtungen an.

Als Gloria Macapagal Arroyo 2001 an die Macht kam, erklärte sie, dass sie eine Wiederaufnahme der Hinrichtungen nicht zulassen würde. Dabei argumentierte sie — ganz im Sinne der Gegner der Todesstrafe —, die Antwort auf Verbrechen sei effektive Strafverfolgung, es gebe jedoch keinen Anhaltspunkt für die Annahme, dass die Todesstrafe der Abschreckung und somit der Eindämmung von Verbrechen diene. Tatsächlich hatte die Regierung gerade

erst begonnen, durch ihre nationale Anti-Kidnapping Task Force und andere harte Maßnahmen wie Ausgangssperren und Kontrollpunkte Stärke und Durchsetzungsvermögen bei der Verbrechensbekämpfung zu demonstrieren.

Indem sie ihrer ursprünglich vertretenen Position widersprach, brachte sich die Präsidentin nun selbst in Verlegenheit. Während sie den Applaus der Chinoy und der Hardliner der Sicherheitskräfte erntete, stieß sie bei der katholischen Kirche, bei Menschenrechtsorganisationen und bei der EU auf massiven Widerstand.

Zum Ausgleich, und wohl im Hinblick auf die am 10. Mai 2004 anstehenden Präsidentschaftswahlen, versucht die Regierung nun, es allen recht zu machen, sowohl den Gegnern der Todesstrafe als auch den Hardlinern, und zwar durch Selektivität bei der Vollstreckung der Todesstrafe. So sollen nur für bestimmte Verbrechen — dabei vor allem für Kidnapping mit Lösegelderpressung — Hinrichtungen durchgeführt werden.

Verständlicherweise beruhigt diese Maßnahme weder die chinesisch-philippinische Gemeinschaft noch die Gegner der Todesstrafe,

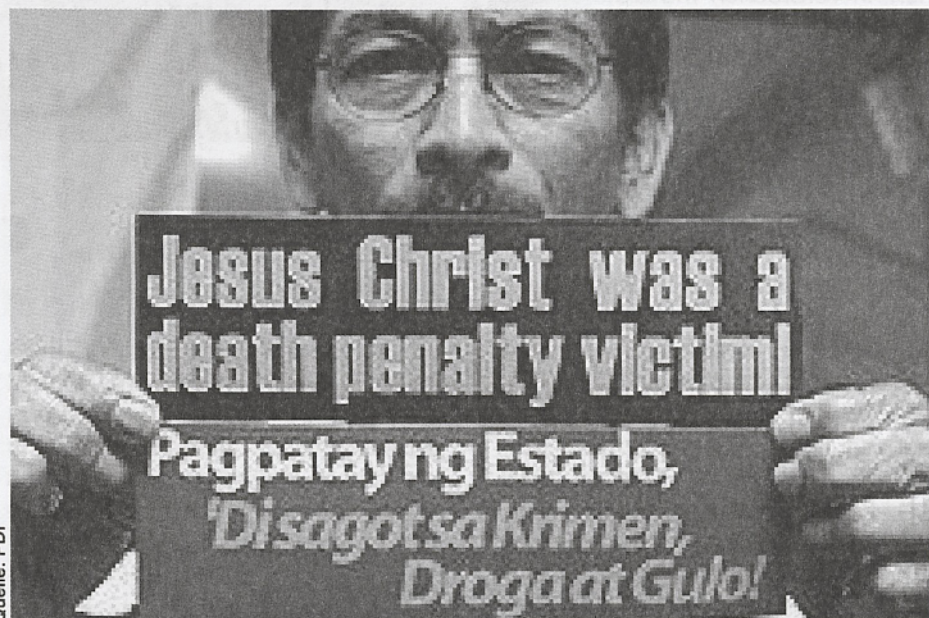
statt von politischer Stärke, die Arroyo doch demonstrieren will.

### Moratorium der Todesstrafe aufgehoben

Auch *amnesty international* (ai) zeigt sich zunehmend besorgt über die Entwicklungen in den Philippinen. Vor allem das Schicksal von Roberto Lara und Roderick Licayan ist Gegenstand alarmierter Öffentlichkeitsarbeit von ai. Die beiden schon 1999 wegen Kidnappings mit Lösegelderpressung zum Tode verurteilten Bauarbeiter sollten am 30. Januar 2004 die Opfer der ersten Hinrichtungen nach der Aufhebung des Moratoriums durch Arroyo sein.

Das *Philippine Public Attorneys Office* (PAO) hatte jedoch auf den Aufschub der Hinrichtungen und die Revision des Urteils gedrängt. Lara behauptete nämlich, durch Folter zu einem Geständnis gezwungen worden zu sein, sich an dem Verbrechen jedoch gar nicht beteiligt zu haben. Die beiden zuletzt festgenommenen Mitangeklagten bestätigen die Aussage Laras.

Mit knapper Mehrheit entschied der Oberste Gerichtshof der



Quelle: PDI

»Dass der Staat tötet, ist keien Antwort auf Verbrechen, Drogen und Chaos!«

vielmehr wird die Authentizität des politischen Willens der Präsidentin angezweifelt. Sie erweckt den Eindruck, dass politische Zweckmäßigkeit und Opportunismus ihren politischen Willen beeinflussen. Dies ist wohl eher ein Zeichen von Schwäche

Philippinen am 27.1.2004, dass die Hinrichtungen 30 Tage aufgeschoben werden sollten, da sich »relevante Ereignisse«, nämlich die Festnahme von zwei Mitangeklagten, ergeben hatten. Am 19. Februar wurde der Fall schließlich an das zuständige Amts-

gericht in Quezon City zurückverweisen, das den Fall nun erneut verhandeln wird. Arroyo hatte — mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen im Mai — verlauten lassen, dass nur eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (Supreme Court) sie von der Durchführung der ersten Hinrichtungen seit Einführung des Moratoriums abhalten könnte.

Als diese nun zu Gunsten der Verurteilten gefallen war, zeigte sich die Präsidentin erleichtert. Kritiker hatten moniert, Arroyo würde das Leben zweier nicht eindeutig schuldiger Häftlinge für Wählerstimmen opfern. Gleichzeitig hatten Dutzende von Menschenrechtsgruppen vor dem Supreme Court gegen die Hinrichtungen und für die Wiederaufnahme des Falles demonstriert.

Obwohl die Hinrichtung Larras und Licayans ein Exempel statuieren und so einen starken Staat demonstrieren soll, gibt es Stimmen, die durch die Durchführung der Exekution die öffentliche Sicherheit in verstärktem Maße gefährdet sehen. Denn es ist ein offenes Geheimnis, dass nur zu oft Polizei, Sicherheitsbeamte und selbst Staatsdiener im Gericht in Verbrechen wie Kidnapping verwickelt sind.

Die Geschichten von Entführungsoffern, die eine Polizeistation betreten und sich dort von Angesicht

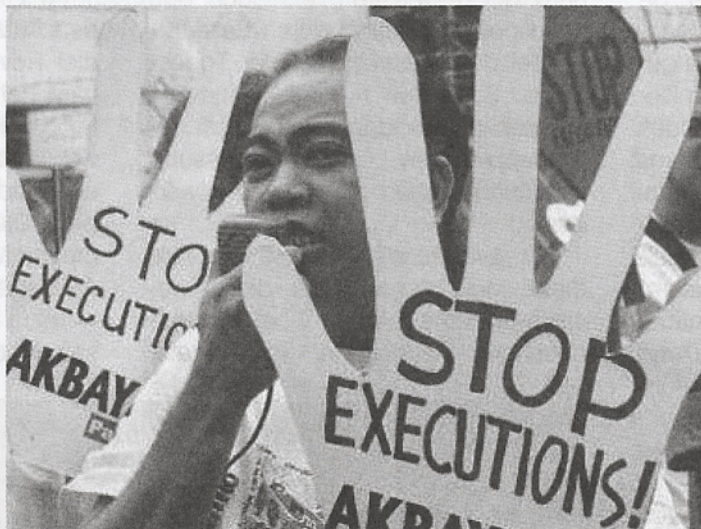
zu Angesicht ihren ehemaligen Peinigen gegenüber sehen — diese diesmal in Dienstkleidung — sind allgemein bekannt. Hinrichtungen könnten — statt abzuschrecken — sogar dazu motivieren, (lukrative) Verbrechen zu begehen.

Schließlich wird hier oft genug deutlich, dass die Chance groß ist, dass Unschuldige — oft Menschen aus sozio-ökonomisch schwächeren Schichten — zur Verantwortung gezogen werden. Und das Fatale der Todesstrafe ist ihre Endgültigkeit: Selbst wenn sich im Nachhinein die Unschuld des Hingerichteten herausstellen sollte, ist das Urteil nicht mehr aufzuheben.

Realität ist auch, dass, wer hingerichtet wird und wer verschont bleibt, oft nicht nur durch die Art des Verbrechens, sondern in großem Maße auch durch den sozialen Hinter-

grund, die finanziellen Möglichkeiten oder die politischen Meinungen der Angeklagten determiniert ist.

Eine Studie von Dr. Ricardo Zarco der University of the Philippines zeigte auf, dass fast alle in den Philippinen Hingerichteten seit 1947 der unteren sozio-ökonomischen Klasse angehört hatten, nur drei Exekutierte waren Mitglieder wohlhabender Familien. Nach dem FLAG Position Paper — eine Studie über 989 zum Tode verurteilte Häftlinge — ist fast ein Fünftel derselben absolut arm und die Mehrheit ohne Schulbildung, oft auch analphabetisch. Die meisten der zum Tode Verurteilten verfügen nicht über die finanziellen Mittel, um sich einen privaten Anwalt leisten zu können, und müssen so auf die Rechtsdienste der Regierung zurückgreifen.



Quelle: PDI

## Starker Staat keine Lösung

Der Kolumnist des *Philippine Daily Inquirer* Michael Tan, selbst Chinoy, weist entgegen der Meinung der meisten Chinoys darauf hin, dass ein starker Staat im Sinne Arroyos das Kidnapping-Problem nicht lösen könne. Er sieht die vermehrten Entführungen als ein ernst zu nehmendes Zeichen für einen schwachen Staat an. Schwach jedoch nicht im Sinne von »soft« bezüglich der Nicht-Umsetzung der Todesstrafe und ähnlichem, sondern im Sinne von ineffektiv, korrupt und von inneren Kämpfen zerrüttet.

Tan betont, dass politische Stärke darin besteht, das Gesetz konsequent anzuwenden, nicht je-

doch darin, willkürlich zu bestrafen und zu exekutieren. Desweiteren appelliert Michael Tan an die Chinoys, sie sollten sich selbst fragen, warum gerade sie Opfer der Kidnapper sind, nicht jedoch zum Beispiel die ebenfalls reichen im Land lebenden Amerikaner.

Tan sieht die Ursache im System. Die Chinoys grenzen sich durch chinesische Viertel, chinesische Schulen, chinesische Zeitungen etc. von den Pinoys ab und zelebrieren ihren Reichtum. »Wie«, so fragt Tan, »fühlt sich wohl ein Bodyguard, der sein Leben riskiert, um ein Chinoy-Kind zu beschützen, dessen Taschengeld ein Vielfaches seines Gehalts beträgt?« Die Versuchung der Kooperation aus einem »Insider-Job« heraus ist groß.

Tan kann sich eine Lösung des Kidnapping-Problems nur durch die Transformation der Lebensstile vorstellen. Seiner Meinung nach müssen die reichen Chinoy mehr Menschenfreundlichkeit zeigen, sich stärker sozial engagieren und in die philippinische Gesellschaft integrieren.

Insgesamt bleibt die Frage, wie sich die Situation in den Philippinen weiter entwickeln wird. Wird Präsidentin Arroyo die Aufhebung des Moratoriums wirklich durchsetzen und Hinrichtungen durchführen?

Und wenn ja, kann dies zu einer Eindämmung der Verbrechen, insbesondere der Entführungen beitragen?

Inwiefern wird die philippinische Gesellschaft an der Lösung des Problems beteiligt sein und inwiefern wird sich die Situation nach den Präsidentschaftswahlen verändern? Zu hoffen ist vor allem, dass der Versuch Arroyos, Stärke zu zeigen, um Wählerstimmen zu gewinnen, nicht auf Kosten von Menschenleben geht.